



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

6. Sitzung vom 20. März 2017

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.05 Uhr

Leitung: Susanne Tribolet (Präsidentin)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Patricia Aebi, Stephan Appenzeller

Verspätet:

Präsidentin:

Susanne Tribolet

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP begrüsst die Einwohnerrät/innen, die Mitglieder des Gemeinderats, die Pressevertreter/innen und die zahlreich erschienenen Besucher.

Entschuldigt sind Patricia Aebi und Stephan Appenzeller, beide von der SP.

Mitteilungen der Präsidentin

Der Rechtsdienst der Gemeinde hat nach der letzten Einwohnerratssitzung Abklärungen getroffen und festgestellt, dass der Rückkommensantrag (Geschäft Nr. 23) nicht zulässig gewesen wäre. Es wurde aber keine Beschwerde eingereicht. Der Beschluss ist gültig, da er von der richtigen Behörde gefällt wurde. Die Präsidentin erklärt, dass Rückkommensanträge nach der Schlussabstimmung eines Geschäfts nicht erlaubt sind. Aus der Geschäftsordnung des Einwohnerrats lässt sich das nicht direkt erkennen, aber aus § 65 Abs. 1 und Abs. 1bis des Gemeindegesetzes. Dort steht ausdrücklich, dass Rückkommensanträge nach erfolgter Schlussabstimmung unzulässig sind. Ein Rückkommen ist nur während der Beratung eines Geschäfts möglich. Das ist vor allem für komplexe Geschäften gedacht (z.B. Budget, Rechnung), bei welchen es viele Anträge geben kann.

Die Präsidentin informiert die Anwesenden, dass die nächste Einwohnerratssitzung erst am 22. Mai 2017 stattfinden wird. Die Sitzung vom 24. April 2017 wird abgesagt.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen):

Nr. 36, Interpellation R. Bänziger, Grüne: Meinungsumschwung des Gemeinderats bezüglich Margarethenstich?

Rahel Bänziger, Grüne findet, gerade jetzt, da das Referendum gegen den Ausführungskredit Margarethenstich ergriffen wurde, seien politische Signale von Exponenten sehr wichtig. Der Margarethenstich ist ein bedeutendes Projekt für Binningen. Der Gemeinderat stand in seiner Vernehmlassung in fast allen Punkten hinter dem Projekt. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist sehr wichtig, auch für die Entlastung der Strassen. Die Interpellation möchte Klarheit über die Meinung des Gemeinderats zum Margarethenstich.

Bereinigung der Traktandenliste

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP weist darauf hin, dass ein Tischgeschäft «Sanierung Wasserschaden Neusatz: Vorgängige Überweisung an die Bau- und Planungskommission (BPK)» ohne Akten vorliegt. Das Büro des Einwohnerrats beantragt dem Einwohnerrat, das Geschäft zu traktandieren und vorgängig an die BPK zu überweisen. Die Präsidentin erklärt, wie es zur Vorlage kam.

Der zuständige Gemeinderat Philippe Meerwein informierte an der letzten Büro-Sitzung am 17. März 2017 über den aktuellen Stand der Sanierung des Wasserschadens im Neusatz-Schulhaus. Die Planungsarbeiten sind im Gange. Es wurde ein Auftrag an ein externes Planungsbüro vergeben. An seiner Sitzung vom 22. Mai 2017 wird der Einwohnerrat eine Kreditvorlage über die Gesamtsanierungskosten vorgelegt erhalten. Der Gemeinderat hat das Ziel, die Sanierung bis nach den Herbstferien 2017 abzuschliessen. Dieses sportliche Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle Beteiligten am gleichen Strang und in die richtige Richtung ziehen. Das Büro hätte die Möglichkeit gehabt, das Geschäft direkt in eine Kommission zu überweisen. Das wollte man aber nicht. Es war den Mitgliedern des Büros ein Anliegen, dass der gesamte Einwohnerrat über die Überweisung beschliessen kann. Dem Büro ist es auch wichtig, dass die Informationen gleichzeitig an alle Einwohnerräte gehen und die BPK keinen Wissensvorsprung hat.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

://: Das Geschäft «Sanierung Wasserschaden Neusatz: Vorgängige Überweisung an die BPK» wird in die Traktandenliste aufgenommen und als Traktandum 2 behandelt.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 06.02.2017	
2. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 17.03.2017 Sanierung Wasserschaden Neusatz: Vorgängige Überweisung an die Bau- und Planungskommission (Tischgeschäft ohne Akten)	37
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.02.2017 Energetische Sanierung Mühlemattschulhaus; Planungskredit Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	143/XI
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.02.2017 Investitionsausgabe für Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach (Abschnitt Stamm-Areal) Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	34
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 28.02.2017 Dorffest Binningen 2018: Subventionsbeitrags-Gesuch Geschäftskreisführung: i.V. Christoph Anliker	35
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.02.2017 Beantwortung des Postulats Abschaffung WOV Geschäftskreisführung: Christoph Anliker	101/XI
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.02.2017 Postulat B. Strondl, SP: Erschliessung des Bruderholz in Binningen mit dem öffentlichen Verkehr Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	16
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 07.02.2017 Motion SP Fraktion: Mittagstisch für alle Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	28
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.02.2017 Motion R. Bänziger, Grüne: Totalrevision Vergütungsreglement Geschäftskreisführung: Mike Keller	27
10. Bericht des Gemeinderats vom 28.02.2017 Interpellation S. Inäbnit, FDP: Stiftungsrat Alters- und Pflegeheime Binningen Geschäftskreisführung: Barbara Jost	30
11. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 06.02.2017

Präsidentin Susanne Tribolet, SP teilt mit, es seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen. Das Büro hat das Protokoll letzten Freitag genehmigt.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 37

Sanierung Wasserschaden Neusatz: Vorgängige Überweisung an die BPK (Tischgeschäft ohne Akten)

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Gaida Löhr, SP erklärt, die SP-Fraktion finde es selbstverständlich richtig, dass man das Geschäft möglichst schnell behandelt. Die Eltern und die Kinder des Neusatz-Schulhauses warten bereits relativ lang auf eine Lösung und es wird auf jeden Fall auch noch relativ lang gehen. Sie möchte das Votum der Präsidentin nochmals unterstreichen, da es in der Tischvorlage nicht erwähnt ist. Es ist der SP wichtig, dass der Einwohnerrat die Informationen, welche ihm normalerweise vorliegen, wenn er ein Geschäft an die BPK überweist, mindestens zeitgleich mit der BPK erhält. Die SP stimmt dem Antrag zu.

Thomas Hafner, CVP führt aus, seine Fraktion habe natürlich keine Freude an den unschönen Zuständen und Neuigkeiten. Ihre im Herbst gewünschte Untersuchung fand damals keine Beachtung im Einwohnerrat. Nun wird eine Betrachtung der heutigen Situation für den weiteren Entscheid aber sehr wichtig. Die CVP folgt dem Antrag des Büros des Einwohnerrats und überweist das Geschäft - aufgrund der hohen Dringlichkeit notgedrungen - vorzeitig an die BPK zur genaueren Prüfung. Der Votant möchte noch kurz erwähnen, er sei der Meinung gewesen, der zuständige Gemeinderat würde vorgängig noch etwas zum Geschäft sagen. Das hat nun aber nicht stattgefunden.

Daniel Zimmermann, FDP spricht als Präsident der BPK. Aus den bereits gehörten Voten kann entnommen werden, dass das Geschäft eine gewisse Dringlichkeit hat. Das ist naheliegend nachdem das Thema im Einwohnerrat schon einmal diskutiert und behandelt wurde, zumindest mit Anfragen und politischen Vorstößen. Der Votant möchte vom zuständigen Gemeinderat wissen, was er unter dringlich versteht. Ist der Einwohnerratstermin am 26. Juni ausreichend oder wäre auch ein Termin nach den Sommerferien möglich? Dazu hätte der BPK-Präsident gerne einige Informationen, damit sich die Kommission organisieren kann - gesetzt den Fall, das Geschäft wird direkt überwiesen.

Rahel Bänziger, Grüne teilt mit, dass sich die Grünen ebenfalls für eine Direktüberweisung aussprechen. Die Fraktion ist froh, dass eine Tischvorlage vorgelegt wurde. Das Büro hat einmal eine Direktüberweisung vorgenommen. Das war sehr schlecht. Die Votantin ist erfreut, dass man aus den Fehlern gelernt und jetzt ein Geschäft vorgelegt hat - zwar ohne Unterlagen, aber man weiss immerhin in etwa um was es geht und kann es so überweisen. Die Rednerin schliesst sich dem Votum der Fraktionssprecherin der SP an. Sie wäre froh, wenn der Einwohnerrat die Unterlagen zeitgleich mit der BPK erhalten würde, damit alle Einwohnerräte auf dem gleichen Informationsstand sind.

Urs Brunner, SVP schliesst sich seinen Vorrednern an. Auch die SVP unterstützt den Antrag auf Überweisung an die BPK.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erläutert, die Sanierung des Sockelgeschosses im Neusatz-Schulhaus sei terminiert, davon ausgehend, dass das Geschäft am 22. Mai im Einwohnerrat behandelt und beschlossen wird. Sollte der Entscheid erst im Juni oder nach den Sommerferien vorliegen, verschiebt sich die Inbetriebnahme um die entsprechenden Monate. Die Gemeinde muss für die Sanierung in Vorleistung gehen. Momentan gibt es noch keine Einigung mit den Parteien, die das verursacht haben. Deswegen braucht es einen Einwohnerratsbeschluss vor dem Start der Sanierung. Zudem steht die Gemeinde in einem Rechtsverfahren mit diesen Parteien. Es ist schwierig, den gesamten Einwohnerrat gleich zu informieren wie die BPK. In der Kommissionberatung kann das Amtsgeheimnis gewahrt werden. Beim Einwohnerrat ist das schwierig. Sobald Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, wird die eigene Verhandlungsposition gegenüber den Kontrahenten geschwächt. Der Gemeinderat bittet um Verständnis, dass mit den vorhandenen Informationen sehr vorsichtig umgegangen werden muss. Das Geschäft soll in der BPK in einer gewissen Tiefe behandelt werden, damit eine Empfehlung an den Einwohnerrat vorgenommen werden kann.

Christoph Maier, FDP würde interessieren, warum es so lange dauerte bis man herausfand, dass man in Vorleistung treten muss. Bei der letzten Behandlung des Themas im Einwohnerrat wurde gesagt, man könne nicht in Vorleistungen treten, da zuerst Abklärungen und Rechtssicherungen stattfinden müssten. Jetzt hört man, dass die ganze Sache immer noch nicht gütlich geregelt werden konnte. Das kann man nicht beeinflussen, dafür hat der Redner ein gewisses Verständnis. Aber man hätte bereits damals in Vorleistung treten und inzwischen ein Geschäft vorbereiten können. Die entstandene Zeitverzögerung und die erneute Behandlung eines dringlichen Geschäfts erscheinen dem Votanten unbefriedigend.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP weist darauf hin, dass der Einwohnerrat im November 2016 das letzte Mal informiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt lag eine zweite Expertise vor, welche endlich das Offenbarte, was der Gemeinderat wissen wollte und wissen musste. Die Expertise hat aber noch nicht klar aufgezeigt, welche Variante wirklich funktionieren würde. Man wird nun eine Variante vorschlagen, welche keine hundertprozentige Sicherheit garantiert. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat müssen eine gewisse Verantwortung übernehmen. Die hundertprozentige Lösung ist eine Lösung im Millionenbereich. Diese Lösung möchte der Gemeinderat nicht angehen, weil man das Geld über den Rechtsfall nicht zurückerhalten würde. Deswegen ist es wichtig, dass der Einwohnerrat näher informiert wird. Bis im November 2016 hat die Gemeinde mit dem bisherigen Planer zusammengearbeitet. Ab diesem Zeitpunkt wurde eine Ausschreibung zur externen Vergabe der Planerleistungen vorgenommen. Die externen Leistungen sind danach erfolgt. In einem ersten Schritt musste analysiert werden, welche Variante mit welchen Risiken und zu welchem Preis ausgeführt werden könnte. Jetzt liegen zwei Sanierungsvarianten vor. Der Gemeinderat wird morgen entscheiden, welche Variante man angehen möchte. Man ist also zeitnah daran, die einzelnen Schritte anzugehen. Parallel dazu wurde das Rechtsverfahren weiterverfolgt. Bei der Sanierung konnte man nicht schneller sein, da der Planer gewechselt und verschiedene Abklärungen getätigt werden mussten.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

BESCHLUSS

://: Das Geschäft «Sanierung Wasserschaden Neusatz» vom 22. Mai 2017 wird vorgängig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Energetische Sanierung Mühlemattschulhaus; Planungskredit

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP freut sich namens der SP-Fraktion, dass über ein Jahr nach der Auftragserteilung durch den Einwohnerrat der erste Planungskredit für die Gesamtanierung der Schulanlage Mühlematt vorliegt. Es ist ein komplexes Projekt, da neben der energetischen Sanierung auch die Erdbebensicherheit, die Beleuchtung und der Brandschutz berücksichtigt werden sollen. Hinzu kommt der Ersatz von zwei sanitären Leitungen, welche kaputt gingen. Mit dem Planungskredit können die ersten beiden Phasen der Planung des Bauprojekts ausgelöst werden. Die Votantin geht davon aus, dass dem Einwohnerrat noch weitere Planungskreditvorlagen vorgelegt werden.

Die SP ist erfreut, dass der Gemeinderat die neue Liegenschaftsstrategie, welche dem Einwohnerrat voraussichtlich im August 2017 vorgelegt wird, berücksichtigt und die Auswirkungen in diesem Gesamtprojekt aufzeigen will. Die Fraktion stimmt dem Planungskredit zu. Sie möchte aber noch Antworten auf die folgenden zwei Fragen: Bei der Planung wurden zwei Offerten in der Höhe von Total 186 840 Franken eingereicht. Bei einem Baukredit kann eine Abweichung von +/- 10 Prozent erfolgen. Warum wurde beim Planungskredit bereits im Vorherein ein Zuschlag von 10 Prozent respektive 18 160 Franken gemacht? Die geplante Photovoltaikanlage ist kein Bestandteil der Gesamtanierung. Die SP möchte wissen, ob der Energiefonds diese Kosten übernehmen kann.

Beatrice Büschlen, Grüne dankt für die Vorlage und bedauert, dass die Ausarbeitung so lange gedauert hat. Die Grünen freuen sich, dass alle Vorschläge der Spezialkommission Schulraumplanung aufgenommen wurden. Auch für das Akustikproblem gibt es eine kostengünstige und für den Schulbetrieb variable Alternative. Die Fraktion ist überzeugt, dass mit diesen Vorgaben eine benutzerfreundliche und praxistaugliche, energetische Sanierung vorgenommen werden kann. Die Grünen erachten den Planungskredit als notwendig und werden ihn bewilligen.

Urs Weber, SVP führt aus, auch die SVP sei zur Überzeugung gekommen, der Planungskredit mache Sinn. Sie werden den Antrag des Gemeinderats bewilligen.

Karl J. Heim, CVP bemerkt, die CVP habe zur Kenntnis genommen, dass die vom Einwohnerrat im Juni 2015 geforderte Ausarbeitung für ein Gesamtanierungsprojekt der Schulanlage befolgt wurde. Der Gemeinderat ist den Empfehlungen des Einwohnerrats nachgekommen. Die Fraktion ist zufrieden und stimmt dem Antrag zu.

Daniel Zimmermann, FDP erläutert, auch die FDP habe das Geschäft mit Freude zur Kenntnis genommen, auch wenn es etwas länger gedauert hat. Die Fraktion stellt fest, dass die damals gefassten Beschlüsse des Einwohnerrats vollumfänglich aufgenommen wurden. Mit zehn am Wettbewerb teilnehmenden Büros hat man - gesamtheitlich betrachtet - ein gutes Resultat erzielt. Es ist auch erfreulich, dass die Planungsarbeiten in Binningen bleiben. Die FDP wird dem Kredit zustimmen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte die Fragen gerne beantworten. Im Geschäft sind Honorarkosten von 186 840 Franken aufgeführt, beantragt werden aber 205 000 Franken. Die Erklärung für diese Diskrepanz sind weitere 15 000 Franken, welche für Fachberatungen im Bereich Energie / Bauphysik, Schadstoffuntersuchungen, Expertisen zur Akustik und Beleuchtung und für eine externe Kostenplanung budgetiert wurden. Für diese Arbeiten liegen noch keine Offerten vor. Die Kosten hätten aber im Geschäft aufgeführt werden müssen. Der zuständige Gemeinderat entschuldigt sich dafür.

Die Photovoltaikanlage wird über den Energiefonds finanziert und geplant. In diesem Kredit geht es nur um eine Koordination, nicht um die Planung der Photovoltaik. Das wurde im Geschäft missverständlich formuliert. Zum Schluss kommt der Gemeinderat noch zum Zeitaspekt. Es musste zuerst eine relativ umfangreiche Ausschreibung aufgelegt werden, welche auch erfolgte. Der Gemeinderat hätte das Geschäft gerne letzten Sommer in den Einwohnerrat gebracht, wurde aber von den undichten Sanitärleitungen ausgebremst.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat bewilligt einen Planungskredit über CHF 205 000 (inkl. MwSt.) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent für die Erarbeitung eines Bauprojektes zur Sanierung des Mühlemattschulhauses.

Traktandum 4

Nr. 34

Investitionsausgabe für Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach (Abschnitt Stamm-Areal)

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne weist darauf hin, der Hochwasserschutz beziehungsweise die Revitalisierung sei bereits bei der Strassenkorrektur der Dorenbachstrasse ein Thema gewesen. Die Grünen sind erfreut, dass die ökologische Aufwertung höher ist als damals geplant. Der Raum wurde ja nicht grösser und ist immer noch ein reiner GestaltungsKompromiss. Einzig die teilweise Erhöhung der Brücken gibt etwas mehr Platz für die Natur. Die Strassenkorrektur in diesem Gebiet kostete damals 1,2 Millionen Franken. Im Vergleich dazu sind 276 000 Franken sicher nicht zu viel für eine teilweise Rückerstattung an die Natur. Die Fraktion wird diese Investitionsausgabe bewilligen.

Marc Schinzel, FDP dankt der zuständigen Gemeinderätin und dem Gesamtgemeinderat namens seiner Fraktion für das sorgfältig dokumentierte und aufgelegte Projekt. Partnerschaftliche Projekte mit Nachbarkantonen wie Basel-Stadt haben es in der heutigen Zeit nicht immer leicht. Hier ergibt sich die Partnerschaft aufgrund der absoluten Grenzlage des Dorenbachs aber fast von selbst. Die Hochwasserschutzmassnahmen, wie sie im Vorprojekt 2001 zwischen Binningen, Allschwil, Baselland und Basel-Stadt als verbindlich erklärt wurden, sind unbestrittenermassen nötig. Die Finanzierung erweist sich für Binningen als ausgesprochen günstig, da der Bund 35 Prozent des Gesamtbetrags mitfinanziert. Auch die Chancen für eine etappenweise Realisierung sind mit der Überbauung des Stamm-Areals ausgesprochen günstig. Die FDP-Fraktion wird diesem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen.

Philippe Spitz, SP bemerkt, es handle sich um ein Geschäft, welches die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt betrifft, wie dies sein Vorredner bereits erwähnt hat. Binningen ist im Seitenwagen mit 20 Prozent beteiligt, was für die Gemeinde relativ günstig ist. Neben dem Hochwasserschutz ist auch die Revitalisierung ein Thema. Der Votant verweist dafür auf den beigelegten Plan. Es erscheint ihm wichtig, dass es ein Teil der Umsetzung des Pakets Stammareal ist. Dort wurde eine Umzonung vorgenommen, bei welcher sogar ein Vertrag mit der Stamm AG im Spiel war. Die Anwohner des Quartiers und nament-

lich auch des Stammareals erwarten nun die Umsetzung des Versprochenen. Der Redner betont dies explizit, da es einerseits erfreulich ist, was auf dem Plan zu sehen ist. Andererseits sind auf dem Plan auch Bäume eingezeichnet. Die SP wird ein Augenmerk darauf legen, dass diese Bäume auch wirklich kommen. Das Hochwasserschutzprojekt ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil es genau in diesem Abschnitt auf der baselstädtischen Seite immer wieder Überschwemmungen gab. Auf der Höhe APH / Neubad ist der Dorenbach in den neunziger Jahren mehrfach über das Ufer getreten.

Beim vorliegenden Projekt handelt es sich um die zweite Etappe des Ausbaus des Hochwasserschutzes, welcher Basel-Stadt bereits bei der Birsig gemacht hat. Man konnte möglicherweise verfolgen, dass diese Arbeiten im letzten Jahr bis zum Hinterausgang des Zoologischen Gartens vorgenommen wurden, nun kommt das Anschliessende. Die SP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen und freut sich auf die Revitalisierung, wie es heute genannt wird (und nicht mehr Renaturierung).

Thomas Hafner, CVP ist der Meinung, dass seine Vorredner bereits alles gesagt haben. Die Finanzierung ist günstig für Binningen, es besteht ein Einvernehmen mit dem Nachbarkanton und die Revitalisierung ist sicher eine gute Sache. Es war ein Abkommen im Rahmen des Stamm-Areal-Abgleichs. Das Bauprojekt liegt nun vor. Das findet die CVP gut und folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Urs Weber, SVP schliesst sich namens seiner Fraktion dem Dank seiner Vorredner für den aufschlussreichen Plan und die gute Aufarbeitung des Geschäftes an. Die SVP befürwortet, dass die Hochwasserschutzmassnahmen im Zusammenhang mit der Strassenkorrektur vorgenommen werden. Das macht Sinn. Die SVP stimmt dem Geschäft zu.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäftes. Es bleibt ihr nicht mehr viel zu sagen, das meiste wurde bereits erwähnt. Die Gemeinderätin möchte noch eine Ergänzung zum Votum von Philippe Spitz anbringen. Man redet heute nicht plötzlich von Revitalisierung. Renaturierung ist der Oberbegriff der Revitalisierung. Die Revitalisierung wird im vorliegenden Projekt vorgenommen, das eingeeengte Flussbett wird wieder befreit. Bei der Renaturierung kommt zusätzlich eine Reduzierung der negativen Auswirkungen der Wasserkraft hinzu. Da es in diesem Flusslauf kein Wasserkraftwerk gibt, geht es lediglich um eine Revitalisierung.

ABSTIMMUNG

37 JA / 1 NEIN

BESCHLUSS

://: Für Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach (Abschnitt Stamm-Areal) wird zu Lasten Konto 7410.5020.01/90100 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 276 000 (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) bewilligt.

Traktandum 5

Nr. 35

Dorffest Binningen 2018: Subventionsbeitrags-Gesuch

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Peter Sala, FDP erläutert, die FDP finde das Fest, welches nächstes Jahr stattfinden soll, eine gelungene Sache. Die Fraktion begrüsst die Übernahme des Festpatronats durch den Gemeinderat und ist erfreut, dass das OK aus sehr erfahrenen Personen besteht. Das Organisationskomitee genießt das volle Vertrauen der FDP. Sie unterstützt den Antrag des Gemeinderats, die vorgesehene Subvention aus dem Binninger Fonds zu verwenden. Der Fonds wird von Binninger Bürgern gespeist und diese sollen etwas zurück erhalten. Das vorgelegte Grobbudget scheint seriös. Die Partei hat zudem vernommen, dass das Budget bereits zweimal optimiert wurde. Das OK sieht keine Möglichkeit einer weiteren Reduktion. Die Kostenseite ist mehrheitlich abgedeckt mit Angeboten. Zudem können gewisse Leistungen des Werkhofs günstiger in Anspruch genommen werden, als dies für private Firmen der Fall wäre. Der Ertrag der Standgebühren beruht auf verbindlichen Zusagen und das OK hat eine Ausfallversicherung von 430 000 Franken abgeschlossen. Das Risiko ist der Betrag, welcher für das Sponsoring eingesetzt wurde. Einerseits ist es heute nicht mehr so einfach - beispielsweise von Banken - einen guten Betrag zu erhalten. Andererseits verlangen andere Organisationen, dass ihnen die Gemeinde einen substanziellen Beitrag in Aussicht stellt, damit sie bereit sind, etwas zu spenden.

Aus dem Kostenvoranschlag ist ein Aufwandüberschuss von ca. 237 000 Franken zu entnehmen. Mit dem vorliegenden Subventionsgesuch wird dieser auf 22 000 Franken reduziert, welche das OK durch weitere Einnahmen finanzieren muss. Die Gemeinde übernimmt keine Defizitgarantie, allfällige Gewinne werden dem Binninger Fonds gutgeschrieben. Aus diesen Überlegungen und um dem OK eine Planungssicherheit zu geben, unterstützt die Fraktion die Anträge des Gemeinderats.

Beatrice Büschlen, Grüne führt aus, den Grünen gefalle die Idee sehr gut, eine Gewerbeausstellung mit einem Dorffest zu kombinieren. Es ist eine gute Gelegenheit für die Binninger Bevölkerung, die ansässigen KMU aber auch das vielfältige Angebot der Vereine und Institutionen besser kennen zu lernen. Es gibt in dieser Kombination aber einige Unterschiede. Die KMU können die Ausgaben über das Werbekonto verbuchen, was auch steuerliche Konsequenzen hat. Die Angestellten müssen entlohnt werden und die FirmeninhaberInnen sind frei in den Kompensationsmöglichkeiten des Mehraufwands. Ganz anders sieht dies für die Vereine aus. Dort stehen der Zusammenhalt und die Vereinspräsentation im Vordergrund, keine Entlohnung oder Erholung, keine Steuerkonsequenzen. Der Gewinn besteht möglicherweise aus neuen Mitgliedern und etwas mehr Geld in der Vereinskasse. Für das Fest anlässlich der 1000 Jahre Binningens hat der Einwohnerrat damals ein Kostendach von 650 000 Franken bewilligt. Für die letzte Gewerbeausstellung im Jahr 2010 konnte die Votantin keine Subventionen oder Abrechnungen finden. Ein Dorffest mit einer Gewerbeausstellung soll der Einwohnerrat nun mit fast 200 000 Franken subventionieren. Die Fraktion findet den Subventionsbeitrag für diese Kombination zu hoch. Selbstverständlich befürworten es auch die Grünen, dass die KMU in dieser wirtschaftlich schweren Zeit Unterstützung erhalten. Sie fordern schon seit Jahren die Berücksichtigung der lokalen Anbieter. Das machen sie selbst auch und wiederholen den Aufruf gerne.

Für die Rednerin ist aus den vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich, dass die Kosten tief gehalten werden, wie es auf der Webseite angepriesen wird. Eigentlich müssten mindestens die Bau- und Infrastrukturkosten von 250 000 Franken die Platz- und Standgebühren ergeben. Falls die Gebühren aufgrund dieser Rechnung zu hoch werden würden, müsste nachverhandelt, andere Anbieter gesucht oder kleinere Brötchen gebacken werden. In diesem Zusammenhang möchte die Votantin erwähnen, dass der Bezug über ein Zentrallager mehr Nach- als Vorteile hat. Der Preis- und Abnahmepressure gibt wenig Spielraum für Gewinn. Bei der Planung wurde darauf geachtet, dass die Kosten möglichst tief gehalten werden und den Teilnehmenden ein entsprechender Gewinn ermöglicht wird. Es wäre ehrlicher gewesen, dem Einwohnerrat und der Bevölkerung zu sagen, dass mit den 190 000 Franken Subvention allen Teilnehmenden - also auch dem Gewerbe - ein finanzieller Gewinn ermöglicht werden soll.

Die Werkhofleistungen sind deklariert, also rechnungsrelevant ausgewiesen. Das nehmen die Grünen zur Kenntnis. Sie bedanken sich bereits jetzt bei den Werkhofmitarbeitenden für ihren Einsatz. Die Leistungen der Primarschule und des Kindergartens sind hier aber nicht ausgewiesen. Für die Kinder ist es toll, sich an einem solchen Fest präsentieren zu können. Mit gutem Willen können sogar innerhalb des Lehrplans Aktionen vorbereitet werden. Das ist pädagogisch wertvoll. Deswegen darf die wertvolle Ent-

schädigung der Lehrpersonen und der Schulleitung für notwendige Arbeiten ausserhalb der Schulzeit nicht fehlen. Wird dem Einwohnerrat dieser Mehraufwand in der Rechnung 2018 aufgezeigt?

Die Votantin bedankt sich bei Gemeinderat Christoph Anliker für die Information zu den einzelnen Aufwendungen. Die Grobkostenaufstellung war nach ihrer Ansicht sehr intransparent. Leider haben die Informationen nicht in allen Punkten weitergeholfen. Der Verwaltungsaufwand mit 15 Stunden Abklärungen und Budgetkontrolle ist nicht ausgewiesen. Diesen Aufwand nehmen die Grünen so zur Kenntnis. Die Verpflichtung für ein nachhaltiges Abfallkonzept und die entsprechende Kontrolle ist nicht nur ein Legislaturziel des Gemeinderats, sondern auch das Ziel einer «2000-Watt-Gesellschaft» und natürlich selbstverständlich für die Gemeinde Binningen. Die Grünen bedanken sich beim Gemeinderat für diesen Hinweis. Die Partei hätte sich gerne schon früher eingebracht, aber ihr Netzwerk, ihre Ideen und ihr Know-how waren nicht gefragt. Bei der Position Unterhaltung handelt es sich gemäss der Information von Christoph Anliker um Aktionen, die während des Fests stattfinden. Eigentlich war die Fraktion der Ansicht, dass das Gewerbe und die Vereine solche Aktionen anbieten und organisieren. Die Grünen wissen nicht, was man sich unter diesem Punkt vorstellen darf. Vielleicht kann der Gemeinderat dazu weitere Auskünfte geben.

Binningen soll noch lange und oft pulsieren und auch weiterhin Subventionen aus dem Binninger Fonds ausschütten können. Deswegen soll der Fonds nicht ohne Not geplündert werden. Die Grünen empfehlen dem Verein Dorffest eine Anpassung der Kosten und eine Überarbeitung der Erträge. Die Fraktion beantragt deswegen eine Kürzung des Subventionsbeitrags um 40 000 Franken auf ein maximales Kostendach von 150 000 Franken.

Andrea Alt, CVP begrüsst namens ihrer Fraktion die Idee eines Dorffests. Es ist erfreulich, dass sich ein tolles OK gefunden hat. Die CVP bedankt sich bereits heute beim OK für dessen Einsatz. Die Partei hofft auf ein tolles Fest für die Gemeinde Binningen. Ein Fest von welchem die Vereine, KMU und diverse Institutionen, die sich in Binningen jahrein jahraus engagieren, profitieren können. Wenn dabei dank eines Beitrags der Gemeinde aus dem Binninger Fonds ein kleiner Geldbetrag für die Vereinskasse herauspringt und nicht alle Kosten auf die Beteiligten abgewälzt werden, so begrüsst das die CVP. Die Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu.

Barbara Fankhauser, SVP bedankt sich namens ihrer Fraktion für die zur Verfügung gestellten Dokumente. Diese sind ausführlich und geben viele Informationen zum Dorffest 2018. Die Unterlagen sind ein Zeichen der professionellen und seriösen Organisation durch das OK und die beteiligten Personen. Transparenz, gerade auch in den finanziellen Belangen, ist im aktuell möglichen Detaillierungsgrad gegeben. Es handelt sich um ein Kostendach und glücklicherweise nicht um eine Defizitgarantie. Eine Defizitgarantie verleitet ein unachtsames OK schnell dazu, die Kosten aus den Augen zu verlieren. Das hat die jüngere Vergangenheit gezeigt. Mit der Zusicherung des Kostendachs hingegen kennt der Einwohnerrat die Maximalbeträge zulasten des Binninger Fonds, welche möglicherweise nicht ausgeschöpft werden. Das OK seinerseits ist sich zu jeder Zeit bewusst, mit welchen Beiträgen es rechnen kann und wird bei der Ausgestaltung des Dorffests die entsprechende Vorsicht walten lassen. Die SVP-Fraktion wird - mit Ausnahme der beiden Mitglieder Beatrix Bürgin und Yves Bandini, welche sich im Ausstand befinden - dem Antrag zustimmen. Die Fraktion freut sich auf ein tolles Dorffest 2018.

Bettina Benthaus, SP erklärt, die SP Binningen habe erfreut - und zwar nicht erst jetzt - zur Kenntnis genommen, dass das Dorffest stattfindet. Ein Fest für alle, das alle vereint. Leider kommt die überparteiliche Beiz nicht zustande. Die Berechnungsgrundlagen erscheinen der Fraktion seriös aufgeführt und realistisch eingeschätzt. Im Vergleich zum letzten Dorffest «Potz 1000» im Jahr 2004, wird das geplante Fest um einiges günstiger. Das ist in Zeiten des Sparens sehr willkommen. Die Gründung des Vereins als Träger der Defizitgarantie ist vertrauensenerweckend. Dem Betrag aus dem Binninger Fonds steht von Seiten der SP nichts im Weg. Die Votantin ist sich sicher, dass sich auch für den Fehlbetrag noch ein Gönner finden lässt. Auch die SP freut sich auf ein tolles Fest.

Peter Heiz, FDP hat in diesem Saal noch selten so viele böse Worte und soviel Zynismus einem Geschäft gegenüber gehört, das abgewürgt werden soll. Der Votant findet, man dürfe am Anfang seiner Wortmeldung nicht sagen, man sei dafür und stehe dahinter, wenn danach all diese Zusätze kommen. Das Fest ist eine willkommene Gelegenheit zur Darstellung des Gewerbes. Man muss vielleicht wieder einmal in Erinnerung rufen, woher das Geld kommt. Das Geld wird mit dem Gewerbe gemacht. Das Gewerbe beschäftigt und ernährt eine Vielzahl von Familien. Die Durchführung des Fests ist sehr sinnvoll und erwünscht. Hinter der finanziellen Planung des Geschäfts stehen nach Wissen des Redners Fachleute, die verstehen wie man ein solches Fest finanziert. Er ist der Meinung, man könne diesen Leuten durchaus ein wenig mehr Vertrauen entgegen bringen. Zum Schluss fügt der Votant an, dass er, selbst wenn es zu einem Defizit käme, den Betrag viel lieber zahlen würde, als das viele Geld, welches damals für die Finanzierung des irrsinnigen, *der Votant korrigiert sich*, des irrsinnig guten Fests «Binningen enlightened» ausgegeben wurde.

Beatrice Büschlen, Grüne möchte das Votum von Peter Heiz nicht so stehen lassen. Sie betont, sie habe die KMU in ihrem Votum gelobt. Die Grünen finden das Fest auch eine tolle Sache. Zu ihrem Leistungsausweis fügt die Votantin an, dass sie jahrelang in verschiedenen Organisationskomitees war (z.B. bei Fussballfesten oder über 10 Jahre beim Bachgraben Cup) und daher Erfahrung in der Organisation von Festen hat. Die Grünen sind nicht gegen das Dorffest. Sie fühlen sich aber zu wenig informiert. Die Zahlen in der Vorlage werfen Fragen auf. Die Rednerin fände es nicht glaubhaft, wenn sie den intransparenten Zahlen nicht nachgehen würde. Das macht die Fraktion sonst auch.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP weist darauf hin, dass der Gemeinderat dem OK mit der Übernahme des Patronats seinen Dank ausdrücken möchte für die geleistete Arbeit und für die, welche noch kommt. Das ist in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich. Es wird etwas gemacht und der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass es eine positive Ausstrahlung haben wird. Ein solches Fest sollte es wert sein, einen Subventionsbeitrag in dieser Höhe zu sprechen, gerade im Vergleich zu den Kosten des Festes «Potz 1000». Es bietet sich eine einmalige Chance. Der Einwohnerrat kann den Grundstein legen. Der Votant bittet darum, dem OK das Vertrauen auszusprechen und die Planungssicherheit zu ermöglichen.

Zu den Fragen: Das Abfallkonzept hat der Gemeinderat dem OK als Bedingung auferlegt. Es wird eine Begleitung durch Mitarbeitende der Verwaltung stattfinden, da diese das entsprechende Know-how haben. Die Unterhaltung am Dorffest soll eine Überraschung bleiben. Der Gemeinderat kann sich gut vorstellen, dass die Kinder und die Musikvereine ihren Platz im Unterhaltungsprogramm finden werden. Die Einschätzung möglicher Gewinne oder Verluste ist schwierig. Der Gemeinderat beantragt im vorliegenden Geschäft einen Maximalbetrag. Ein weiterer Nachtragskredit müsste im Fall eines Defizits zuerst gestellt werden. Der Maximalbetrag ermöglicht eine Planungssicherheit und würdigt die bisher erbrachte und noch folgende Leistung des OK.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet, SP lässt über den Antrag der Grünen «Kürzung des Maximalbeitrags um 40 000 Franken auf 150 000 Franken» abstimmen.

ABSTIMMUNG

Kürzungsantrag Grüne: 6 JA / 30 NEIN

://: Der Kürzungsantrag der Grünen wird abgelehnt.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: 33 JA / 3 Enthaltungen

Antrag 2: einstimmig

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt der Verwendung eines Maximalbetrages von CHF 190 000 aus dem Binninger Fonds zugunsten der Ausrichtung des Dorffestes 2018 zu.
- ://: 2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass die Werkhofleistungen für das Dorffest 2018 mit max. CHF 25 000 in das Budget 2018 eingestellt werden.
-

Traktandum 6

Nr. 101/XI

Beantwortung des Postulats Abschaffung WoV

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Simone Abt, SP erklärt, sie habe aus gutem Grund darum gebeten, als Erste zu reden. In der SP wurde der Vorstoss gründlich diskutiert. Die stichhaltigsten Informationen haben sie aber am Freitag und heute erhalten, das heisst nach der Fraktionssitzung. Deswegen konnte die eigentliche Meinungsbildung auch erst postum nach der Fraktionssitzung erfolgen. Die Fraktionsmitglieder sind alle zu sehr eingebunden, um sich nochmals zu treffen und abzusprechen. Die Votantin hat die Aufgabe übernommen, die Überlegungen der Fraktion aufzuzeigen. Zwei weitere Fraktionsmitglieder der SP werden sich anschliessend mit Fragen und pointierteren Stellungnahmen zu Wort melden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktion dürfte sehr stark von den Antworten und der Diskussion im Plenum abhängen. Das ist für einmal sehr ungewöhnlich für die SP, aber es ist heute so.

Auch die GRPK-Mitglieder der Partei äusserten ein gewisses Unbehagen über die momentane Arbeitsweise mit der Jahresrechnung, den leider zur Gewohnheit gewordenen Spar- und Streichsitzungen und last but not least mit dem Budget und den formulierten Zielen, welche sehr uneinheitlich daher kommen. Ziele wie die Erhaltung der Selbstständigkeit von älteren Menschen oder die Publikation von zwei Artikeln im Jahr im Binninger Anzeiger durch das Familiencenter erscheinen alle mehr oder weniger auf einer Liste. Ein häufiges Argument weshalb so verfahren wird und werden muss, ist der Verweis auf WoV. Das sei halt systemimmanent bei WoV. Würde sich das mit der Abschaffung von WoV ändern? Schlägt man nicht den Sack und meint den Esel, wenn man die Unzulänglichkeiten auf das System abwälzt? Hinzu kommt der vielzitierte Umstand, dass die Umsetzung von WoV in der Gemeinde Binningen noch immer lückenhaft ist. So kann es nicht funktionieren. Diesen Schluss legt zumindest die Vorlage des Gemeinderats nahe. Anstatt mehr Geld in die Hand zu nehmen, um zu einem Status Quo vor WoV zurück zu finden, welcher nun nicht zuletzt wegen HRM2 gar nicht mehr existiert, sollte man vielleicht nochmals etwas weniger Geld ausgeben und die Implementierung vervollständigen. Die Frage «rechts umkehrt» oder «Flucht voraus»: The choice is yours. Beides ist leider nicht besonders attraktiv. Für beides gibt es aber Argumente, welche die Fraktion ausgetauscht hat. Die Fraktionsabstimmung ist vermutlich am ehesten so erfolgt, dass man sich im Zweifel dem Gemeinderat angeschlossen und seine Anträge unterstützt hat.

Seit der Fraktionssitzung ist aber einiges passiert und es sind weitere Informationen eingetroffen. Der Votantin ging es ein wenig wie Mani Matter, als er jemanden daran gehindert hat, das Bundeshaus in die Luft zu sprengen: Es sind ihm ab seiner Rede Zweifel gekommen. Der Votantin sind ab ihrer Rede in der Fraktion Zweifel gekommen. Sie weiss noch nicht, wie sie heute Abend abstimmen wird. Sie tendiert aber im Moment eher zu einer Abschaffung von WoV. Die Stimmen der SP sind noch nicht gemacht, die Meinung bildet sich noch. Die Rednerin appelliert an den Einwohnerrat, sie zu überzeugen.

Rahel Bänziger, Grüne führt aus, der Gemeinderat habe sich bei seiner Antwort auf das einstimmig verabschiedete GRPK-Postulat sehr ins Zeug gelegt. Die Votantin möchte kurz rekapitulieren. Die oberste Kontrollinstanz von Verwaltung und Gemeinderat, also die GRPK, hat im Januar 2014 per Motion die Abschaffung von WoV verlangt. Dem Gemeinderat ist es mit dem Versprechen von Verbesserungsvorschlägen gelungen, die Motion abzuschwächen und als Postulat entgegenzunehmen. Jetzt legt der Gemeinderat in seiner Antwort dar, weshalb er WoV weiterführen möchte. Kurz zusammengefasst ist das Fazit des Gemeinderats: Es habe sich viel verbessert. Die Abschaffung sei zu teuer - wobei nirgends erwähnt wird, wie viel die unvollständige Einführung von WoV gekostet hat. Es ginge Binningen nun finanziell besser und deshalb könne man sich WoV wieder leisten. Der Gemeinderat führte die Abschaffung von WoV im Rahmen von HÜP selbst als Massnahme auf. Handlungsbedarf sieht der Gemeinderat unter anderem in der Ausbildung der GRPK-Mitglieder, da diese anscheinend zu wenig von der Materie verstehen und sich nicht fundiert damit befassen haben. Für die Votantin ist dieser Satz eine Frechheit und unterstellt der GRPK, von der Sache nichts zu verstehen und sich nicht damit auseinandergesetzt zu haben. Sie wiederholt, dass die Motion in der GRPK einstimmig verabschiedet wurde.

Nach sorgfältiger Überlegung gelangen die Grünen zu einem anderen Fazit als der Gemeinderat. Die meisten Kritikpunkte der GRPK konnten nicht widerlegt werden. Auf Nachfrage der Votantin bei Herrn Bertschi, Leiter Gemeindefinanzen beim Amt für Statistik Basel-Landschaft, - bei einem Fachmann, welchem man gemäss Votum von Peter Heiz Glauben schenken sollte - meinte dieser, nur sechs von 86 Gemeinden arbeiten nach WoV, in unterschiedlichen Ausprägungen. Wenn WoV wirklich ein solcher Renner wäre, dann hätten es mehr als nur sechs von 86 Gemeinden eingeführt. Herr Bertschi würde den Gemeinden von WoV abraten, da die Nachteile überwiegen, insbesondere die mangelnde Vergleichbarkeit und der zusätzliche Verwaltungsaufwand. WoV sei wenig effizient und wenig transparent, weniger transparent als eine HRM2-konforme Rechnung. Die Rednerin möchte daran erinnern, wie die Mitglieder des Einwohnerrats vom zuständigen Gemeinderat ausgelacht wurden, als sie im Rahmen eines Budgets die Kürzung von 500 000 Franken beim nicht sicherheitsrelevanten Strassenunterhalt beantragt haben. Der zuständige Gemeinderat entgegnete damals, der Einwohnerrat könne dies noch lange beschliessen, er habe ein Globalbudget und könne selbst bestimmen wo er kürzen möchte. Es ist so. Binningen hat ein Globalbudget und es liegt in der Hand des Gemeinderats. Dies als Anmerkung zur Transparenz.

Die Gemeinden müssen dem Kanton das Budget und die Rechnung auch in konventioneller Form einreichen. Es gäbe für den Gemeinderat also keinen Mehraufwand, wenn er dem Einwohnerrat ebenfalls beide Varianten vorlegen würde. Die Grünen sind der Meinung, dass die unklaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Gemeinderäte in die diversen Produktgruppen im konventionellen Budget und in der konventionellen Rechnung klarer abgebildet wären. Dies war einer der Hauptdiskussionspunkte in der jüngsten Vergangenheit. Das Fazit der Fraktion lautet: Wenn etwas seit 10 Jahren nie richtig eingeführt wurde, dann kann man auch gut darauf verzichten. Insbesondere wenn die Weiterführung des Parallelsystems viel Zeit und Geld kostet. Prinzipiell wäre WoV eine gute Idee. Es ist ein sehr anspruchsvolles Managementinstrument. Zur Anwendung dieses Managementinstruments ist aber unternehmerisches Denken nötig. Hier stellt sich die Frage, ob die Verwaltung oder die GRPK damit überfordert ist. Die Grünen sind gegen eine Abschreibung des einstimmig verabschiedeten Postulats der GRPK. Sie erwarten von Gemeinderat und Verwaltung, sich nochmals mit der Materie auseinanderzusetzen.

Thomas Hafner, CVP fällt es nicht leicht, für oder gegen den Antrag des Gemeinderats einzustehen. Der Votant geht auf die Stellungnahme des Gemeinderats zu den einzelnen Kritikpunkten der GRPK ein. Erstens: «Die zeit- und ressourcenintensive Kostenrechnung bringt keinen Mehrwert.» Tatsächlich scheint auf Seiten der Verwaltung ein gewisser Mehrwert durch WoV erwiesen. Zweitens: «Komplizierte Budget- und Rechnungsprozesse durch WoV». Schenkt man dem Gemeinderat Glauben, sind die genannten Prozesse nicht schwieriger geworden. Aus Sicht des Redners wäre dazu eine Stellungnahme von Verwaltungsmitarbeitenden, welche direkt am Erstellungsprozess von Budget und Rechnung beteiligt sind, wünschenswert gewesen. Natürlich anonymisiert. Drittens: «WoV fördert das <Gärtlidenken>».

Die Antwort des Gemeinderats mit dem Hinweis auf den Teamgeist und die Persönlichkeit der Betroffenen ist nicht befriedigend. Man weiss, dass dies in der Regel eher schlecht als recht funktioniert. Die Ausführungen des Gemeinderats zu diesem Einwand würden eher gegen eine Abschreibung des Postulats sprechen. Viertens: «Die finanzielle Transparenz ist mit WoV problematisch.» Der Gemeinderat hat richtigerweise erwähnt, dass die Schaffung einer Sondersubkommission für die Rechnung (Subko R) die anderen Subkos von Rechnungs- und Budgetfragen entlastet, sodass sich diese anderen wichtigen materiellen Fragen in den Produktgruppen widmen können. Diese Aufstellung hat sich tatsächlich bewährt. Fünftens: «WoV wurde zwar eingeführt, aber konzeptionell nicht fertig gestellt.» Der Gemeinderat stimmt diesem Kritikpunkt zu. Er sollte aber inskünftig nicht mehr Anlass zu Kritik geben. Die CVP findet, abzuwarten und Tee zu trinken sei blauäugig.

Dem Votanten scheinen die in der mehrseitigen Auflistung folgenden Änderungspflichten etwas aufgebläht und in dem Umfang nicht zwingend notwendig. Die halbe Million Franken für die Anschaffung und Implementierung eines neuen Informationsprogramms im Kontext der Abschaffung von WoV, ist mit Sicherheit übertrieben. Man kann darunter sehr viele Schulungen, Probeläufe und Einführungsseminare subsumieren. Die Fraktion wird den Eindruck nicht los, dass sich gewisse IT-Berater bei solchen Zahlenspielen eine goldene Nase verdienen. Streng genommen müssten nur die Einführungskosten von WoV wieder abgeschrieben werden. Es ist zusätzlich zu bemerken, dass die Gemeinde dem Kanton sowieso eine ausführliche Rechnung nach HRM2 abliefern muss. Der Aufwand, das Ganze nach WoV aufzubereiten, kommt zusätzlich hinzu. Diese Kosten fallen jedes Jahr an.

Der Votant kommt zu folgendem Fazit: In Form einer vorsichtigen, auf dem realistischen Boden des politischen Tagesgeschäfts gehaltenen Abwägung der Pro- und Contra-Argumente, kann gesagt werden, dass der Aufwand für die Abschaffung von WoV kaum so erheblich sein kann, wie er vom Gemeinderat vor- und überzeichnet wurde. Das spricht nach Ansicht der Fraktion für ein leichtes Plus zugunsten der Abschaffung von WoV und damit gegen den Antrag des Gemeinderats. Die CVP unterstützt das Postulat vorbehaltlos. Der Vorstoss wäre überfällig gewesen.

Peter Heiz, FDP erläutert, es gehe um ein schwieriges Geschäft. Der Votant findet sein Vorredner habe das sehr gut abgehandelt, auch wenn die FDP am Schluss zu anderen Gedanken gekommen ist. Die Fraktion votiert für die Erhaltung von WoV. Es sei denn, es kam in den letzten Stunden noch zu einem Meinungsumschwung wie bei der SP. Der Votant möchte der Verwaltung und dem Gemeinderat für die ausgezeichnete Vorlage danken.

Das Postulat kam von den Mitgliedern der GRPK der letzten Legislaturperiode und wurde damals einstimmig beschlossen. Es verwundert nicht wirklich, dass der Vorstoss aus der GRPK kam. Gerade in dieser Kommission gibt WoV immer wieder zu reden. In der Beratung des Budgets und der Rechnung gab es wiederholt Meinungsverschiedenheiten bei der Diskussion der übergeordneten und steuerbaren Ziele. Der Gemeinderat stellt sich in seiner Vorlage hinter den Erhalt von WoV und das ebenfalls einstimmig. Er hat aber gesehen, dass WoV gewisse Schwachstellen hat und sieht Handlungsbedarf. Die FDP ist der Meinung, dass der Gemeinderat die Kritikpunkte eins bis vier der GRPK in seiner Beurteilung sehr gut entkräften konnte. Nur bei Punkt fünf bleibt weiterhin etwas zu bemängeln.

Was würde es bedeuten, WoV abzuschaffen? Die Gründungsväter und -mütter, welche WoV damals einführten, hatten ihre guten Gründe. Wenn man WoV wieder abschaffen möchte, kommen sicherlich grosse finanzielle Belastungen auf die Gemeinde zu, auch personeller Natur. Der Verwaltung wird eine nächste grosse Aufgabe aufgehalst. WoV kann man nicht einfach so über Bord werfen. Das geht nicht von einem Tag auf den anderen. Es müssen unzählige Reglemente geändert werden. Das gibt eine Riesenarbeit, welche zusätzlich zu dem dazu kommt, was heute bereits geleistet wird. Im Übrigen ist die FDP der Meinung, dass die Abschaffung von WoV für das Volk nicht prioritär ist. Das Volk will einfach eine gute Verwaltung. Es steht auch nirgends in den Unterlagen, die Gemeinde könne sich WoV wieder leisten, weil man etwas mehr Geld hat. Diese Bemerkung scheint dem Votanten ziemlich absurd. Die FDP möchte WoV erhalten. Auch sie sieht Handlungsbedarf. Es liegt aber am Einwohnerrat und insbesondere an den Mitgliedern der GRPK, daran zu arbeiten und die Leistungsziele klarer zu definieren. Die

Fraktion möchte das Postulat als erledigt abschreiben. Wenn im ausgezeichneten Gemeinderat Binnigen schon zwei hervorragende Finanzspezialisten sitzen, welche den Gemeinderat in corpore dazu bewegen haben, WoV weiter beizubehalten, dann ist das für den Redner richtungsweisend. Deswegen steht er hundertprozentig hinter der Erhaltung von WoV.

Urs Brunner, SVP bedankt sich namens seiner Fraktion beim Gemeinderat und der Verwaltung für die ausgezeichnete Vorlage. Welche Prozesse und Kosten eine Abschaffung von WoV auslösen würde und welche zahlreichen Gesetzestexte davon betroffen wären, wird in der Vorlage klar aufgezeigt. Weitere Kosten und betroffene Prozesse sind nicht ausgeschlossen. WoV bietet die Möglichkeit, die mittel- bis langfristige Entwicklung der Gemeinde strategisch zu steuern. Diese Vorteile sollte man nutzen. Dem eingeschlagenen Weg der Optimierung soll eine Chance gegeben werden. Dieser Weg soll zu einem Abschluss gebracht werden. Wer tiefer in die Details gehen möchte, kann weiterhin die einzelnen Konten verlangen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass Binnigen seine finanziellen Ressourcen auf die wichtigen Projekte aus der Liegenschaftsstrategie konzentrieren sollte. Stichwort: Schulhausneubau, Werkhof, Schloss, Schwimmbad, Spiesshöfli und Leitbild. Eine Abschaffung von WoV würde viele Ressourcen binden und hohe externe und interne Umstellungskosten verursachen. Die Fraktion erachtet die Umstellungskosten in der Vorlage eher als zu tief budgetiert. Eine Abschaffung von WoV ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht. Vieles wurde bereits verbessert. Zudem wurden die Berichte immer transparenter. Der Gemeinderat signalisiert, dass er offen ist für Verbesserungen. Die SVP folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Philippe Spitz, SP betont, er spreche in seinem Votum als Nicht-GRPK-Mitglied. Frei nach dem Motto von Woody Allen «Was ich schon immer über WoV wissen wollte, bisher aber nicht zu fragen wagte» hat er im Namen der Fraktion fünf Fragen aufgelistet. Der Redner zitiert aus dem Einwohnerratsprotokoll vom September 2014. Eduard Rietmann erläuterte damals, WoV sei für die Verwaltung ein sehr grosser Aufwand. «Die Verwaltung arbeitet nicht in jeder Beziehung mit diesen WoV-Unterlagen, sondern sie benutzt auch Unterlagen, die direkt aus der Buchhaltung kommen. Ausserdem bereiten die WoV-Unterlagen der GRPK bei der Rechnungskontrolle grosse Mühe.» Susanna Keller von der SVP führte unter anderem aus: «Das Problem bei WoV ist, dass es zu lange dauert bis man weiss, wo man steht. Wenn man es dann weiss, ist es schon beinahe zu spät, um zu reagieren.» Christoph Anliker, Gemeinderat der SVP, hat vor acht Jahren eine Motion zur besseren Lesbarkeit des Voranschlags und des Finanzplans eingereicht mit harscher Kritik an WoV.

Der Votant kommt zur ersten Frage. Der federführende Gemeinderat war vor rund drei Jahren im Einwohnerrat und in der GRPK gegen WoV. Nun ist den Unterlagen zu entnehmen, dass sich der Gemeinderat einstimmig für die Beibehaltung ausspricht. Der Redner möchte vom zuständigen Gemeinderat wissen, wie dieser Gesinnungswandel zustande kam. Zweitens: Ist es richtig, dass WoV in der heutigen Form nicht weitergeführt wird? Der Votant versteht die Vorlage so, dass man eine letzte Anstrengung unternimmt, das Ganze so umzusetzen, wie es eigentlich gedacht ist. Drittens: Gegenüberstellung der Kosten der beiden Varianten «Abschaffung» oder «Beibehaltung im Sinne einer Verbesserung»: Welche Kosten entstehen bei einer Abschaffung und welche bei einer verbesserten Weiterführung von WoV? Welche Ausgaben fallen einmalig, z.B. eine neue Software, und welche fallen wiederholt an, z.B. die Ausbildung? Viertens: Stimmt es, dass das Budget und die Jahresrechnung für den Kanton in der klassischen, konventionellen Form erstellt werden? Fünftens: Ist es richtig, dass auch ohne WoV Globalbudgets geführt werden können? Und wäre dies mit oder ohne Ziele? Eine genügende Antwort auf diese Fragen wäre aus Sicht des Votanten sehr sachdienlich und würde allenfalls wieder zu einem Meinungsumschwung oder einer Meinungsfestigung in der SP führen.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP beginnt mit einigen allgemeinen Ausführungen. Der Gemeinderat hat sich einstimmig hinter WoV gestellt. Seit der Überweisung des Postulats hat man verschiedene Verbesserungen vorangetrieben. Diverse Punkte wurden in der Diskussion bereits erwähnt, ein weiteres Beispiel ist der Finanzplan, bei welchem eine grössere Transparenz erzielt wurde. Der Gemeinderat ver-

schliesst sich nicht vor Veränderungen oder Verbesserungen. Das wird aus der Vorlage ersichtlich. Es geht darum, den Weg gemeinsam zu beschreiten. Ein Beispiel ist die Ausbildung der GRPK. In der Gemeinderechnungsverordnung werden als Aufgaben des Gemeinderats die Beschreibung der Produkte und Produktgruppen, der Entwurf der Leistungsaufträge und Globalbudgets und die Vornahme der Wirksamkeitsprüfung aufgeführt. Die GRPK ist die Kontrollinstanz. Sie hat die Aufgabe, zu kontrollieren, zu prüfen und dementsprechend auch Fehler klar aufzuzeigen. Wenn die Rechnung nach WoV dazu nicht ausreicht, kann die funktionale Gliederung problemlos eingefordert werden. Nach Wissen des zuständigen Gemeinderats haben dies bisher nur zwei Personen gemacht.

Zur Veranschaulichung zählt er die funktionale Gliederung des Kontos «Allgemeine Dienste (Konto 0220)» auf: Adressvermittlung, Allgemeine Verwaltung, Amtliches Publikationsorgan, Amtshandlungen, Anzeiger des Gemeinwesens, Arbeitsnachweisstelle, Archiv, Aufenthaltsbewilligungen, Auskunftgebühren, Ausweispapiere, Auszüge aus dem Bürgerregister, Baubewilligungen, Baukommission, Bausekretariat und -verwaltung, Beglaubigungen, Betriebskosten, Beurkundungsgebühren, Bezugsprovision für Steuern, Budget für Druckkosten, Datenschutz (sofern funktionsübergreifende Dienststelle vorhanden sind), Datenverarbeitung, Ehrungen, Einwohnerdienste und -kontrolle, Finanzkommission (beratend), Finanzverwaltung, Gemeindearchiv, Gemeindeausgleichskasse, Gemeindeblatt, Gemeindeanzeiger, Gemeindeganzlei, Gemeindekasse, Gemeindesteuernamt, Gemeindeverwaltung, Gesetzessammlung, Gratulationen, Handlungsfähigkeitszeugnis, Heimatscheine, Identitätskarten-Gebühren, Informatik (sofern funktionsübergreifend), Inkassogebühren, Jahresrechnungen, Kanzleigegebühren, Karteimaterial, Kautionsversicherungen, Lehrlingsausbildung, Mahngebühren, Materialzentrale, Personalamt, Repräsentationsaufwand der Verwaltung, Rückerstattungen von Betriebskosten, BfU-Beauftragter, Sicherheitsbeauftragter, Schätzungskommission, Schaukästen, Steuerbezugskosten, Steuerveranlagung, Steuerverwaltung, Steuerwesen, Versicherungswesen, Verkauf von Bebauungsplänen, Weibel.

Der Votant erklärt, das sei nur ein Konto mit den entsprechenden Detailangaben gewesen. Die Angaben können im Finanzhandbuch für die Baselbieter Einwohnergemeinden nachgelesen werden. Der Gemeinderat fragt sich, wie transparent das ist. Mit den Produktgruppen hat man eine Leistung, welche darüber Auskunft gibt, was gemacht und wie die Leistung erbracht wird. Dementsprechend gibt es ein Leistungs- und ein Wirkungsziel. Mit WoV kann man Ziele einbringen und damit politisch steuern. Der Einwohnerrat hat die Möglichkeit, das Budget zu sprechen und mit der Entgegennahme und Absegnung der Leistungsziele Einfluss zu nehmen. Dafür braucht es eine Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat. Man diskutiert nicht, welcher Betrag für neue Bleistifte eingesetzt werden darf. Die Diskussion findet mit WoV auf einer anderen Ebene statt, da die Diskussionsgrundlage eine andere ist. Es ist die Entscheidung des Einwohnerrats. Aber bei der politischen Steuerung und der politischen Durchsetzbarkeit von Zielen landet man immer wieder beim gleichen Punkt: bei den Zielen.

Der Gemeinderat kommt zu den Fragen aus dem Rat. Im Rahmen der Diskussion wurden die HÜP II-Massnahmen erwähnt. Diese befinden sich noch in der Kommissionsberatung der GRPK. In den Massnahmen wird für den Verzicht auf die Kosten- und Leistungsrechnung nach WoV ein Einsparpotenzial von über 10 000 Franken angegeben. Gleichzeitig wird das Einsparpotenzial für den Verzicht auf Zwischenabschlüsse ebenfalls auf mehr als 10 000 Franken beziffert. Es handelt sich dabei um eine Richtgrösse. Ein Zwischenabschluss ist nicht das Gleiche wie die Abschaffung von WoV. Die Kosten können also nicht gleich hoch sein.

Auf die Frage von Philippe Spitz zum Gesinnungswandel führt der Votant aus, dass es zurzeit auch andere wichtige Themen in der Gemeinde Binningen gibt, beispielsweise die Dorfentwicklung, das Leitbild, das Spiesshöfli etc. Bezugnehmend auf eine weitere Frage verweist der Redner auf die Gemeinderechnungsverordnung, in welcher steht: Für das Globalbudget braucht es ein Reglement, die Produktgruppen müssen einem oder mehreren Konten der funktionalen Gliederung entsprechen und es besteht eine Verbindungen der Produktgruppen mit einem Leistungsauftrag. Daraus lässt sich ableiten, dass ein Globalbudget ohne Leistungsaufträge nicht möglich ist.

Seit den zitierten Voten der Einwohnerratssitzung vom September 2014 ist viel Zeit ins Land gegangen. Es gab Verbesserungen. Der zuständige Gemeinderat ist nicht der Auffassung, dass es einen Alleingang des Gemeinderats und der GRPK geben sollte. Es ist eine Zusammenarbeit. Gemeinsam soll zu den Finanzen Sorge getragen werden, damit man einen anständigen Finanzhaushalt hat. Es braucht die Bereitschaft aller, am gleichen Strick ziehen zu wollen. Zu den Kosten erklärt der Votant, dass eine Umstellung von der derzeitigen Kostenstellen- auf eine Kostenträgerrechnung notwendig wäre, wenn man die Globalbudgets abschaffen würde. Die Erklärung dieser Umstellung ist relativ komplex. Herr Bertschi hat in seinen Ausführungen das Globalbudget kommentiert. Das Globalbudget ist nicht das Gleiche wie WoV. Im Kanton Baselland gibt es eine Kombination, welche mit dem Globalbudget Leistungsaufträge verlangt. Es ist aber nicht WoV, sondern ein Globalbudget, also eine Zusammenfassung von Konten. Der Redner hat erfahren, dass sich Herr Bertschi nach seiner ersten Stellungnahme nochmals informiert und eine erneute Antwort abgegeben hat. Deren Inhalt ist ihm aber nicht bekannt.

Zum Schluss kommt der Gemeinderat nochmals auf den Gesinnungswandel zurück. Er ist der Ansicht, man müsse auch einmal etwas fertig stellen. Es besteht nun die Möglichkeit, die Sache fertig zu stellen. Dann kann man dahinter stehen. Wenn man danach noch für eine Abschaffung von WoV ist, könnte man das immer noch machen. Dies als Begründung für seinen Gesinnungswandel. Er plädiert dafür, es richtig zu machen. Nochmals bezugnehmend auf die Kosten erläutert der Gemeinderat, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keinen genauen Frankenbetrag für eine Ausbildung angeben könne. Die Kosten hängen unter anderem von der Art der Ausbildung ab. Im Postulat sind die Kosten für die Abschaffung von WoV aufgeführt und nicht für den Erhalt. Er kann jetzt keinen fixen Kostenbetrag nennen. Der Votant hofft, mit seinen Ausführungen viele Fragen beantwortet zu haben.

Rahel Bänziger, Grüne findet, der Sermon des Gemeinderats sei ein gutes Ablenkungsmanöver gewesen oder wenigstens ein guter Versuch. Wenn der Pfarrer genug lange predigt, dann schlafen irgendwann alle ein. Die Fragen der Votantin an Herrn Bertschi betrafen nicht nur das Globalbudget. Herr Bertschi hat die Antworten zum Globalbudget nur geschickt, weil er dazu eine Präsentation hatte. Ihre Frage war ganz klar: WoV ja oder nein? Dazu waren die Aussagen von Herrn Bertschi ebenfalls sehr klar. Den Gemeinden empfehle er WoV nicht. Die Rednerin wiederholt, wenn nur sechs von 86 Gemeinden mit WoV arbeiten, dann könne es wirklich nicht der grosse Renner sein. Zur Transparenz von Globalbudgets gibt sie zu bedenken, ein Globalbudget zeichne sich dadurch aus, dass man Posten verschieben kann. Man bekommt einen gewissen Betrag und muss damit Aufgaben erfüllen. Der frühere Gemeinderat Urs-Peter Moss lachte den Einwohnerrat damals aus und meinte, er mache was er wolle. Er habe schliesslich ein Globalbudget. Wie dies eine erhöhte Transparenz sein soll, müsste der Votantin noch erklärt werden. Der Einwohnerrat hat versucht, Ziele einzubringen mit der halben Million Franken Einsparung im nichtsicherheitsrelevanten Strassenunterhalt. Es war eigentlich ein klarer Auftrag, mit welchem man aber nicht landete.

Den angesprochenen Stimmungsumschwung von Herrn Bertschi in seinem zweiten Anruf kann die Votantin nicht bestätigen. Beim zweiten Telefonat ging es lediglich um die vom Gemeinderat eingesetzte Kosten von einer halben Million Franken für die Abschaffung von WoV. Diese seien völlig unrealistisch. Es braucht keine separate Abstimmung für WoV. Bis 2018 gibt es noch einige Abstimmungen, welche gemeinsam erfolgen könnten. Dadurch könnten die knapp 100 000 Franken für die Abstimmung mit den Kosten anderer Abstimmungen verrechnet werden. Auch die halbe Million sei nicht realistisch. Das war die zweite Rückmeldung von Herrn Bertschi. Er konnte der Votantin sehr kompetent Auskunft geben. Sie glaubt weiterhin nicht, dass man mit WoV so weiterkomme. Wenn WoV wirklich so gut wäre, hätten es viele andere Gemeinden ebenfalls.

Philippe Spitz, SP dankt dem Gemeinderat Christoph Anliker für seine Antworten. Er hat vieles beantwortet, aber nicht alles. Das hat der zuständige Gemeinderat bereits selbst vorweg genommen. Die gegebenen Antworten sind für den Votanten eher unbefriedigend. Den Gesinnungswandel mit anderen Problemen zu begründen, ist für ihn nicht wirklich überzeugend. Das ist eher eine Bestätigung dafür, dass es ein Problem gibt. Der Gemeinderat sagte «fertig machen». Was ist damit gemeint? Soll WoV wie

gehabt weitergeführt werden oder nicht? Darauf hätte der Redner gerne eine klare Antwort. Zu den Kosten wurde nichts gesagt. Vielleicht könnte der Gemeindepräsident diesbezüglich aushelfen. Zudem fehlt dem Votanten die Antwort auf seine Frage, ob die Gemeinde dem Kanton Budget- und Jahresrechnung in der klassischen Form zustellt.

Gaida Löhr, SP ist auch nicht sehr glücklich mit den Antworten des zuständigen Gemeinderats. Sie ist damit einverstanden, dass es wichtigere Fragen als die Abschaffung oder Beibehaltung von WoV gibt. Die Zahlen bleiben die Gleichen. Aber wenn es wichtige Anliegen gibt, ist es nicht ganz unwichtig mit welchen Instrumenten man arbeitet. Die Anstrengungen, die der Gemeinderat gemeinsam mit der Verwaltung seit der Einreichung der Motion unternommen hat, sind vorhanden. Aus Sicht der Votantin sind diese aber erst seit diesem Zeitpunkt sichtbar. Die ganze Vorlage ist eine Verteidigung von WoV. Die Kosten für die Beibehaltung von WoV sind nicht beziffert. Auf Seite 4 steht, man müsse sowieso eine neue Software anschaffen. Das ist der Hauptpunkt bei den Ausgaben zur Abschaffung von WoV. Wenn die Software gleich teuer ist, dann sind die Kosten plötzlich bei null. Auf der einen Seite sind gewisse Anpassungen, vielleicht auch wichtige Anpassungen der Gesetzgebung, auf der anderen Seite stehen die ganzen Ausbildungsfragen, welche scheinbar wichtig sind. Sie kann sich noch mit Schrecken an frühere Ausbildungen erinnern. Das waren mehrere ganztägige Veranstaltungen.

Die Rednerin möchte nochmals auf die Leistungsziele kommen, welche man verbessern möchte. Bei den ersten Leistungszielen hat man sich noch bemüht, wirklich messbare Ziele zu definieren. Man hat aber gemerkt, dass man viele Staatsaufgaben nicht messen kann. Deshalb wurde beschlossen, Evaluationen vorzunehmen. Merkt die Bevölkerung, dass die Strassen sauber sind? Fühlen sich die Leute sicher, wenn die Polizei präsent ist? Das wäre wahnsinnig aufwendig gewesen. Es ist daher bei der guten Absicht geblieben. Es gibt viele Orte, bei denen es heutzutage Evaluationen gibt, beispielsweise auf öffentlichen Toiletten, auf welchen man seine Zufriedenheit hinsichtlich der Sauberkeit angeben kann. Für Staatsaufgaben ist das nicht empfehlenswert. Die Votantin ist der Meinung, die Zielsetzungen sind entweder nicht am Kern eines Geschäfts oder sie sind nicht messbar. Dort wo man messen kann, hat sie nie erlebt, dass man bei der Nichterreichung eines Ziels etwas Sinnvolles damit angefangen hätte. Es wurde überlegt, ob man etwas ganz aufgeben sollte. Das Jugendhaus wurde beispielsweise für einen zusätzlichen Tag geschlossen, weil es zu wenig Besucher hatte. Man hat sich aber nicht überlegt, wie man das Ziel, die Jugend zu erreichen, wirklich verbessern könnte. Das Gleiche gilt für einige andere Geschäfte. Die Rednerin hat Mühe mit der Zielsetzung, die aus ihrer Sicht nie geklappt hat.

Die Verschlankung des Budgets besteht darin, dass man nun drei statt einem Buch hat. Der Finanzplan wird separat ausgewiesen, es gibt ein Budget und die Beschreibung der Produkte. Diese Bücher sind zwar schlanker, aber es sind drei. Zur Transparenz fügt sie an, sie habe noch nie so viele Fragen in einer GRPK erlebt wie bei der letzten Budgetberatung. Scheinbar sind die Verbesserungsanstrengungen noch nicht ganz angekommen, denn die Liste der Fragen an die Verwaltung war unendlich lang. All dies führt dazu, dass die Begeisterung der Votantin für WoV nicht gross ist. Wenn es nun um die Anschaffung einer neuen Software geht, dann würde man mit einer Software, welche nach WoV funktioniert, einen *Fait accompli* schaffen und einen Riesenbetrag ausgeben. Dann ist die Abschaffung wirklich teuer.

Thomas Häfele, FDP schätzt es, dass Rahel Bänziger um die ausreichende Information der Einwohnerratsmitglieder besorgt ist. Allerdings weiss er nicht, ob er mit den erhaltenen Informationen glücklich ist. Heute Morgen kurz nach 8 Uhr hat ihr Herr Bertschi eine Präsentation geschickt. Diese Präsentation ist 2,5 Jahre alt und nicht jede der Folien ist aussagekräftig. Die E-Mail von Herrn Bertschi war leer. Rahel Bänziger hat lediglich ihre Gesprächsnotizen weitergeleitet. Es ist kein offizielles Statement des Kantons. Der Redner weiss auch nicht, ob Herr Bertschi jede der in der E-Mail aufgeführten Aussagen genau in dieser Form unterstützen würde. Er fände es unseriös, die Abstimmung heute Abend allein von diesen zusätzlichen Fakten abhängig zu machen. Der Votant ist von der Kompetenz von Herrn Bertschi überzeugt. Er könnte dem Einwohnerrat sicher weiterhelfen bei dieser Entscheidung. Vielleicht hätte man Herrn Bertschi früher anfragen oder ein offizielles Statement verlangen müssen. In dieser Form

findet er es unseriös und ist überzeugt, dass viele Einwohnerräte die Präsentation noch nicht gelesen oder nur kurz überflogen haben.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP möchte von Rahel Bänziger wissen, wieso Herr Bertschi von WoV abrät. Die Begründung ist ihm bisher entgangen. Es wurde lediglich gesagt, dass nur sechs von 86 Gemeinden mit WoV arbeiten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Binningen eine der grösseren Gemeinden im Kanton Baselland ist. Dementsprechend hat die Gemeinde eine andere Flughöhe. Den zuständigen Gemeinderat würden die Ausführungen von Herrn Bertschi interessieren.

Die Einsparung der 500 000 Franken war damals kein Ziel, sondern ein Betrag. Es ist dem Gemeinderat erlaubt, im Rahmen des Produktbudgets Beträge zu verschieben. Das steht so im Gesetz. Die vielen Fragen in der GRPK könnten aus Sicht des Gemeinderats auch mit den vielen neuen Mitgliedern der Kommission zusammenhängen. Er kann das aber nicht abschliessend beurteilen, da er nicht in dem Ausmass involviert wurde wie auch schon. Die Gemeinde schickt dem Kanton das Büchlein, die funktionale Gliederung und Kennzahlen, welche zur Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinden dienen. Für die Ausbildung stellt sich die Frage, was man machen möchte. Die Frage ist auch, ob man gemeinsam mit WoV weitergeht. Diese Frage muss zuerst geklärt werden.

Christoph Maier, FDP glaubt, es sei allen klar, dass es sich bei WoV um ein anspruchsvolles Instrument handelt. Es braucht viel Verständnis dafür, wie man mit diesem Instrument umgehen muss, damit man es effektiv einsetzen kann. Man muss sich zudem bewusst sein, dass es unterschiedliche Rollen gibt. Der Einwohnerrat setzt den Rahmen mit einer Budgetzahl und möchte dann wissen, was mit dieser Budgetzahl geschieht. Danach ist es in der Kompetenz und vor allem auch im Know-how des Gemeinderats und der Verwaltung, mit diesem Geld etwas Vernünftiges zu machen. Es ist nicht am Einwohnerrat, ein Mikromanagement in jeder einzelnen Budgetposition zu betreiben. Die Versuchung ist gross, das zu tun. Manchmal ist es auch politisch opportun. Wenn man über den Gartenzaun schaut und sich fragt, wie wäre es wohl, dort drüben zu grasen, wo das Gras immer grüner ist, dann begibt man sich auf eine Reise an einen den Anwesenden unbekanntem Ort. Es gibt kein Zurück in die Zeit vor WoV. Inzwischen wurde HRM2 eingeführt. Die anspruchsvollen Aufgaben bei der Budgetierung und der Rechnung bleiben. Man hätte einfach das Effizienzinstrument, welches mittlerweile bereits etwas verbessert wurde, nicht mehr zur Verfügung. Bevor man meint, es wäre auf der anderen Seite des Gartenzauns wirklich besser, müsste man sich Gedanken darüber machen, was man heute bereits hat. Der Votant, als Präsident der Subkommission, möchte nicht auf das heute zur Verfügung stehende WoV-Instrument verzichten, welches ihm mehr Transparenz gibt.

Rahel Bänziger, Grüne ist etwas verwirrt. Die FDP bezweifelt die Aussagen, die sie per E-Mail verschickt hat und der zuständige Gemeinderat der SVP verlangt danach. An Thomas Häfele gerichtet äussert sie, es wäre ihm frei gestanden, sie bei Unklarheiten telefonisch zu kontaktieren. Die Votantin wollte die erhaltenen Informationen einfach den restlichen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten mitteilen, damit diese auf dem gleichen Wissensstand sind. Was sie mit den Informationen anfangen, ist ihnen überlassen. Es war gut gemeint, aber vielleicht nicht unbedingt das Richtige. Herr Bertschi meinte in seinen Ausführungen, WoV sei wenig effizient und vor allem viel weniger transparent als eine HRM2-konforme Rechnung. Die HRM2-konforme Rechnung muss dem Kanton weiterhin - parallel zu dem, was der Einwohnerrat erhält - abgeliefert werden. Alles, was der Einwohnerrat erhält, bereitet die Verwaltung speziell auf.

Die Rednerin ergänzt, dass die Inhalte der von der GRPK einstimmig verabschiedeten Motion nicht von ihr stammen. Es waren die Erfahrungen der Kommission mit WoV. Dies einfach zur Klarstellung.

Peter Heiz, FDP moniert, es könne nicht sein, dass Stunden vor der Debatte in diesem hohen Haus eine Meldung eintrifft, die die ganze Debatte vermiest. Im Vorfeld dieser Sitzung haben die Mitglieder des Einwohnerrats Unterlagen erhalten. Die frühere GRPK unter dem verdienstvollen Präsidium von Eduard Rietmann wollte WoV einstimmig abschaffen. Nun gibt es neue Grundlagen. Man hat die Ansichten des neuen Gemeinderats gehört. Dieser stellt sich einstimmig hinter die Beibehaltung von WoV. Das ist die

Ausgangslage und zwischen diesen Alternativen muss der Einwohnerrat entscheiden. Da braucht es keine Zwischenrufe von Externen. Dem Votanten ist Herr Bertschi nicht bekannt, was aber auch an ihm liegen könne. Ob Herr Bertschi ein ausgewiesener Spezialist für dieses Thema ist, weiss er nicht. Er lässt sich dadurch nicht verunsichern. Es gibt klare Grundlagen und viele gescheite Personen in diesem Saal - der Redner zählt sich nicht dazu -, welche das entscheiden können.

Philippe Spitz, SP findet, der zuständige Gemeinderat habe sich nicht klar dazu geäußert, ob WoV wie gehabt weitergeführt werde oder nicht. Er sagte lediglich, man schaue dann nach der Abstimmung. Der Votant ist der Meinung, der Gemeinderat müsste hin stehen, führen und darüber Auskunft geben, was und welche Kosten geplant sind. Bei den Kosten muss darauf hingewiesen werden, dass die Software ohnehin beschafft werden müsste. Wenn man Portokosten für eine Abstimmung aufführt, muss ange-merkt werden, dass die Abstimmung mit einer eidgenössischen oder kantonalen Abstimmung koordiniert werden könnte. Bezugnehmend auf das Votum von Christoph Maier, man könne nicht mehr zur Zeit vor WoV zurückkehren, fragt sich der Redner, was 80 Gemeinden im Kanton Baselland machen. Peter Heiz äusserte, es rege ihn auf, dass heute Morgen eine E-Mail verschickt wurde. Man kann sich aufregen, dass ist jedem überlassen, aber es ist kein Argument in der Sache.

Simone Abt, SP dachte, ihr würdet in dieser Debatte Lichter aufgehen. Es hat zwar geflackert, aber sie kann nicht behaupten, sie sehe das Licht am Ende des Tunnels. Ihr hat das Votum von Thomas Häfele gefallen. Herr Bertschi sollte sich zur Sache äussern können. Die Rednerin würde das Geschäft vorderhand stehen und die Abklärungen vornehmen lassen. Die von Rahel Bänziger eingeholten Auskünfte werden offenbar bezweifelt. Weshalb werden diese Abklärungen nicht durchgeführt? Es scheint einiges unklar zu sein. Die Votantin beantragt die Verschiebung des Geschäfts.

Roman Oberli, SVP merkt an, es sei beim - auch von den Grünen - gewünschten Bauverwalter kein Hinderungsgrund gewesen, dass nur wenige Gemeinden dieses System verfolgen. Deswegen versteht er dieses Argument nicht. Er ist der Ansicht, die Meinungen wurden grossmehrheitlich gebildet und stellt den Ordnungsantrag auf Schliessung der Diskussion.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag auf Schliessung der Diskussion: 21 JA / 14 NEIN / 2 Enthaltungen

://: Dem Ordnungsantrag wird zugestimmt. Die Rednerliste wird geschlossen.

Marc Schinzel, FDP bedankt sich für das von ihm gar nicht angestrebte Privileg, nach der Schliessung der Rednerliste zu sprechen. Bezugnehmend auf die E-Mail von Rahel Bänziger, findet er es durchaus richtig, dass man eine aktiv eingeholte Information auch weitergibt. Das kann auch kurzfristig sein. Im Ablauf auf diese Sitzung war es sehr kurzfristig, da kann aber Rahel Bänziger nichts dafür, und sehr zufällig. Die Weiterleitung hing von den Parteipräsidien ab. Es scheinen nicht alle im Saal auf dem gleichen Informationsstand zu sein. Das spricht dafür, die Entscheidung nicht von diesen Informationen abhängig zu machen. Den Votanten interessiert nicht so sehr, was die Gemeinde dem Kanton abliefern muss und was nicht. Es interessiert in zuallererst, welche Steuerungsinstrumente die Gemeinde beim Budget und bei den Finanzen haben möchte. Das ist der entscheidende Punkt und darum geht es bei WoV.

Es wird darüber diskutiert, ob man WoV nach der Einführung abbrechen möchte. Der Redner möchte daran erinnern, dass auf kantonaler Ebene häufig, beispielsweise im Bildungsbereich beim Frühfranzösisch oder bei den Leistungschecks, gerade von Seiten der Grünen und der SP das Anliegen vorgebracht wurde, das sei nun eingeführt worden und man möchte zuerst eine sauber Auslegeordnung, bevor über Abbruch oder Einführung von etwas Neuem entschieden werden kann. Das müsste man hier auch machen. Man kann dieses Vorgehen nicht nur bei ausgewählten Themen verlangen und nun bei WoV sagen, wir brechen die Übung ab. Der Gemeinderat sagt selbst, er könne und wolle WoV optimieren. Der

Votant möchte auch darauf hinweisen, dass man jederzeit wieder einen parlamentarischen Vorstoss einbringen kann. Der Gemeinderat möchte WoV einstimmig optimieren. Der Einwohnerrat sollte ihm diese Chance geben. Es werden immer wieder die 80 Gemeinden erwähnt, welche ohne WoV arbeiten. Für den Redner macht es einen Unterschied, ob man über den Abbruch von etwas spricht, das bereits eingeführt wurde oder nicht.

Nach der heutigen Diskussion möchte er sich lieber nicht vorstellen, wie die Diskussion rauskommen würde, wenn man über konventionelle Budgets mit einzelnen Posten verhandeln müsste. Wenn er sieht, wie man sich bereits bei der Diskussion von relativ allgemeinen Forderungen verzettelt, ist ihm WoV allemal lieber.

ABSTIMMUNG

Antrag auf Verschiebung des Geschäfts: 17 JA / 21 NEIN

://: Der Antrag auf Verschiebung des Geschäfts wird abgelehnt.

SCHLUSSABSTIMMUNG

22 JA / 15 NEIN / 1 Enthaltung

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 7

Nr. 16

Postulat B. Strondl, SP: Erschliessung des Bruderholz in Binningen mit dem öffentlichen Verkehr

://: Verschoben.

Traktandum 8

Nr. 28

Motion SP-Fraktion: Mittagstisch für alle

://: Verschoben.

Traktandum 9

27

Motion R. Bänziger, Grüne: Totalrevision Vergütungsreglement

://: Verschoben.

Interpellation S. Inäbnit, FDP: Stiftungsrat Alters- und Pflegeheime Binningen

://: Verschoben.

Traktandum 11

Diversa

Gemeinderätin Barbara Jost, SP geht davon aus, dass alle Anwesenden heute Morgen den Artikel in der Basellandschaftlichen Zeitung oder im Blick gelesen haben. Sie hat lange gezögert, ob sie überhaupt etwas dazu sagen möchte, da sie eigentlich nichts sagen kann. Der Handlungsspielraum des Gemeinderats ist eigentlich gleich null. Der Gemeinderat hat keine Befugnis, sich zu den Vorwürfen zu äussern. Es gibt keine Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Kinderbetreuung. Die Stiftung ist eine private Kita wie die anderen sieben auch, die es in Binningen noch gibt. Die Kitas arbeiten in einem sehr sensiblen Bereich. Die Verunsicherung, welche durch eine derartige Berichterstattung bei den Eltern und der Bevölkerung entstehen kann, versteht die zuständige Gemeinderätin sehr gut. Sie ist überzeugt, dass die Stiftung Kinderbetreuung der Sache auf den Grund gehen wird. Sie vertraut darauf, dass die Stiftung das klären und schnellstmöglich informieren wird.

Einwohnerratspräsidentin Susanne Tribolet schliesst die Sitzung um 22.05 Uhr.
Die nächste ordentliche Sitzung findet am 22. Mai 2017, 19.30 Uhr, statt.